

# Allheilmittel gegen den Ärztemangel

Studie der Universität Bayreuth empfiehlt Gemeinden, jungen Medizinerinnen entgegenzukommen

PEGNITZ

Von Udo Bartsch

**D**er eine oder andere Bürgermeister wollte sich gleich gestern Nachmittag an die Arbeit machen, um dem drohenden Ärztemangel in seiner Gemeinde zu begegnen. So vielversprechend klangen die Handlungsempfehlungen, die fünf Geografiestudenten von der Uni Bayreuth beim 16. Dialog Strukturwandel in Oberfranken, Thema „Medizinische Versorgung“ vorstellten. Rund 100 Kommunalpolitiker, Ärzte, Verbandsfunktionäre und Kassenvertreter hatten sich auf Einladung von Oberfranken Offensiv in der Justizakademie in Pegnitz getroffen. Sie hörten und diskutierten dort Vorschläge, wie der Landärztemangel abgewendet werden kann.

Mehr als fünf Jahre bereitet das sich abzeichnende Praxissterben den Kommunal- und Landespolitikern Kopfzerbrechen. Deshalb war die Erleichterung groß, als klar wurde, dass die fünf Studenten vom Geografie-Lehrstuhl Professor Manfred Miosga offenbar ein Gegenmittel entdeckt haben. Es sieht vor, das die Kommunen den Vorstellungen junger, niederlassungswilliger Mediziner entgegen kommen. Die Ergebnisse der bisherigen Bemü-

hungen, Allgemeinärzte für die Region zu gewinnen, wirken eher kläglich: Gerade 17 Hausärzte ließen sich von 60 000 Euro Zuschuss dazu bewegen, sich in Oberfranken niederzulassen. Im Freistaat waren es 132, wie Staatsministerin Melanie Huml sagte, die auch Vorsitzende von Oberfranken Offensiv ist.

Dabei liegt es nicht am Geld, wie die Studenten herausfanden. Sie hatten die niedergelassenen Ärzte in den Gemeinden des Wirtschaftsbandes A 9/Fränkische Schweiz und zudem bundesweit Medizinstudenten zum Thema Landarzt befragt. Dabei stellte sich heraus, dass bei den Studenten durchaus Interesse besteht, die praktische Ausbildung im ländlichen Raum zu absolvieren. Verringere sich der Aufwand für die Famulatur, ließen sich noch mehr Studenten vom ländlichen Raum überzeugen. Generell können sich 44 Prozent der befragten Studenten vorstellen, als Landarzt zu arbeiten. Gründe dafür sind Heimatverbundenheit, wirtschaftliche Gründe wie beispielsweise niedrige Mieten, hohe Lebensqualität und günstige Bedingungen, etablierte Praxen zu übernehmen.

Nach der Studie wollen 56 Prozent den Beruf Arzt nicht auf dem Land ergreifen. Diese Studenten nennen die

fehlende angemessene Bezahlung, zu hohe Arbeitsbelastung durch Notdienste, wenig Berufsmöglichkeiten für Lebenspartner, schlechte Infrastruktur und den fehlenden fachlichen Austausch mit Kollegen als Gründe.

Nach der Studie wünschen sich 91 Prozent Arbeit in einer Klinik oder Gemeinschaftspraxis. Davon wiederum können sich 85 Prozent vorstellen, eine Gemeinschaftspraxis selbstständig

„Noch im Frühjahr werde ich einen Runden Tisch einberufen.“

Melanie Huml,  
Staatsministerin

nach der Übernahme weiterzuführen.

Die Studie legt auch offen, dass diejenigen, die nicht als Landarzt arbeiten wollen, erhebliche Vorurteile und deshalb ein falsches Bild vom ländlichen Raum haben.

„Kommunen und Politik können das Problem gemeinsam lösen“, so das Fazit. Die Handlungsempfehlungen setzen bei den 56 Prozent derjenigen an, die nicht als Landarzt arbeiten wollen. Diesen Studenten sollten es die Gemeinden schmackhaft machen, den Landarztberuf kennenzulernen. Ganz

konkreter Vorschlag: Wohnungen für die Praktikumszeit. Denkbar ist auch, dass Kommunen niedergelassene Ärzte entlasten, indem sie Patienten mit dem Bürgerbus zur Praxis bringen. Die Vorschläge gehen noch weiter. Neue Kooperationsmodelle, wie Arzthäuser, Versorgungszentren und Gemeinschaftspraxen können Berufsanfängern auf dem Land das unternehmerische Risiko abnehmen, das viele junge Mediziner scheuen, wie die Studie feststellt.

Dass vielen Kommunen wegen leerer Kassen die Hände gebunden sind, klang während der Diskussion ebenfalls an. Medizinische Versorgung sei nun mal keine Pflichtaufgabe und meistens fehle für freiwillige Leistungen, die junge Ärzte entlasten würden, das Geld.

Staatsministerin Huml kündigte eine neue Initiative für die medizinische Versorgung auf dem Land an. „Noch im Frühjahr werde ich einen Runden Tisch zum Thema ‚Ärztinnenwachstum in Bayern‘ einberufen. Das Ziel ist, genügend junge Mediziner für die Arbeit im ländlichen Raum zu gewinnen.“ Sie wolle mit Wissenschaftsminister Ludwig Spaenle, Vertretern der Selbstverwaltung, der Ärzteverbände, der Hochschulen und der Krankenhäuser beraten.